

Personallücke immer größer

Der Fachkräftemangel bei den freien Berufen spitzt sich weiter zu. Die ohnehin schon große Personallücke werde zukünftig sogar noch weiter auseinanderklaffen, prognostiziert der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) in der Auswertung seiner Konjunkturumfrage für den Sommer 2023.

Demnach geht fast jeder fünfte Befragte (17,7 Prozent) davon aus, in den kommenden beiden Jahren weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben als derzeit. Verglichen mit dem Vorjahreswert von 13,8 Prozent sei dies „ein eindeutiges Zeichen der Resignation“, betonte BFB-Präsident Friedemann Schmidt bei der Vorstellung der Ergebnisse. „Die Personalnot geht bei den freien Berufen mehr und mehr an die Substanz. So können freiberufliche Dienstleistungen bereits jetzt teilweise nur noch eingeschränkt angeboten werden, was sich durch die weitere Überschreitung der Kapazitätsgrenzen verschärft“, so Schmidt weiter.

Auch bei der Beurteilung der Geschäftslage herrscht momentan Skepsis unter den Angehörigen der freien Berufe. 42,9 Prozent der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler stufen ihre derzeitige Geschäftslage als „gut“ ein, 39,3 Prozent als „befriedigend“ und 17,8 Prozent als „schlecht“. Damit trübte sich die Stimmung, verglichen mit den Sommer-Ergebnissen 2022, weiter ein. Vor einem Jahr lagen die Werte bei 45,6 Prozent (gut), 41,8 Prozent (befriedigend) und 12,6 Prozent (schlecht).

tas/Quelle: BFB

Gute Chancen für Gesundheitspersonal

Geflüchtete aus Gesundheitsberufen finden in Deutschland leichter eine vergleichbare Arbeit als geflüchtete Personen aus anderen Branchen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW).

Erstmals wertete die Forschungseinrichtung Daten aus einer Befragung von Geflüchteten und der Beschäftigungsstatistik aus, um den Einfluss der lokalen Arbeitsmärkte auf die Erwerbstätigkeit zu bestimmen. Aus der Studie geht hervor, dass von den Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland kamen, zwischen 56 und 63 Prozent in ihrem Herkunftsland erwerbstätig waren. Bei ihnen stieg die Erwerbsquote von

21 Prozent im Jahr 2017 auf 44 Prozent im Jahr 2019. In der Vergleichsgruppe der Geflüchteten ohne Erwerbstätigkeit im Herkunftsland stieg zwar ebenfalls die Quote, allerdings auf niedrigerem Niveau: von elf Prozent 2017 auf 27 Prozent im Jahr 2019. Die Studienautoren ziehen daraus den Schluss, dass eine vorherige Beschäftigung die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtert.

Überdurchschnittliche Übereinstimmungsquoten verzeichnete das DIW für technische, handwerkliche und medizinische Berufe. So war jede dritte geflüchtete Person, die in Deutschland eine Tätigkeit in einem Gesundheits- oder Pflegeberuf ausübt, in demselben Beruf beschäftigt wie vor der Flucht.

tas/Quelle: DIW

Kindeswohlgefährdung nimmt zu

Es ist ein trauriger Rekord: Die deutschen Jugendämter haben im Jahr 2022 fast 62 300 Fälle von Kindeswohlgefährdung durch Vernachlässigung oder Gewalt festgestellt. Das meldet das Statistische Bundesamt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der registrierten Fälle um 2 300 an.

Dabei seien die akuten, also eindeutigen Fälle von Kindeswohlgefährdung um zehn Prozent auf 33 400 Fälle gestiegen, so das Statistische Bundesamt unter Berufung auf die Jugendämter. Diese hatten im Vorfeld insgesamt 203 700 bei ihnen eingegangene Hinweismeldungen auf eine mögliche Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen überprüft. In weiteren 68 900 Fällen habe nach Einschätzung der Jugendämter zwar keine Kindeswohlgefährdung aufgrund von Vernachlässigung, psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt vorgelegen, wohl aber ein erzieherischer Hilfebedarf bestanden.

Die Bundeszahnärztekammer hat auf ihrer Website Informationen zusammengestellt, wie Zahnärzte und ihre Teams vorgehen können, wenn sie in ihrer Praxis Kinder, Jugendliche oder Erwachsene behandeln, bei denen sie Anzeichen für eine Gefährdung feststellen: www.bzaek.de/recht/haeusliche-gewalt.html

tas/Quellen: Destatis und BZÄK

